Kameradschaftskassen: Das Sondervermögen für die Kameradschaftspflege

Im Mai 2006 haben Landesfeuerwehrverband und Jugendfeuerwehr Baden-Württemberg zwei Seminare zur Kassenführung der Feuerwehren durchgeführt. Besondere Schwerpunkte waren die Kassen der Feuerwehrverbände einschließlich der Jugendfeuerwehren sowie die Kameradschaftskassen der Feuerwehren (Sondervermögen für die Kameradschaftspflege). Die Referenten Uwe Seehaus und Willi Dongus gingen sehr ausführlich und fundiert auf die rechtliche Situation ein und gaben eine Menge praktischer Tipps auch zur Umsetzung der unterschiedlichen Rechtslagen bei der täglichen Arbeit.

Bei den Seminaren wurde auch das aktuelle Spendenrecht dargestellt, das sich durch eine Ergänzung der Gemeindeordnung geändert hat.

Sondervermögen für die Kameradschaftspflege

1989 wurde das Feuerwehrgesetz um § 18a „Sondervermögen für die Kameradschaftspflege“ ergänzt. Er ist seither zusammen mit den weiteren Bestimmungen der örtlichen Feuerwehrsatzungen für die Kameradschaftskassen der Feuerwehren bindend.


Spenden für die Feuerwehr


- Klare Zuständigkeiten beim Einwerben und Entgegennahmen von Zuwendungen, z. B.: Spenden dürfen nur vom Kommandanten, seinem Stellvertreter und dem Kassenwart angerommen werden,
- Entscheidung über die Annahme einer Zuwendung durch ein unabhängiges Gremium in Kenntnis aller Begleitumstände sowie
- Transparenz und Dokumentation des Geschehens.

In Betracht kommt beispielsweise, entsprechende Regelungen in der Feuerwehrsatzung zu treffen, um einen möglichen Vorwurf der Vorteilsannahme zu entkräften bzw. erst gar nicht entstehen zu lassen.


Willi Dongus

Aufsatz aus der Brandhilfe 11/1989

Das Recht der Kameradschaftskassen

Seit langem bemühen sich Landesfeuerwehrverband, die kommunalen Landesverbände und das Innenministerium um eine sinnvolle Regelung der Kameradschaftskassen.


Sowohl das Muster als auch die Erläuterungen, die von Herrn Dietmar Ruf, Referent beim Gemeindetag, sind, werden in der Zeitschrift „Die Gemeinde“ veröffentlicht.

Um den Feuerwehren einen umfassenden Überblick zu geben, wird zusätzlich das Gesetz zur Änderung des Feuerwehrgesetzes vom 8.5.1989, Gesetzblatt Seite 142 veröffentlicht.

Sondervermögen für die Kameradschaftspflege (Kameradschaftskasse)

Änderung des Musters einer Satzung für eine freiwillige Feuerwehr (BWGZ 1988, 244) mit einer Regelung für die Kameradschaftskasse aufgrund des Gesetzes zur Änderung des Feuerwehrgesetzes vom 8.5.1989 (GBI. S. 142):
1. In der Präambel ist „§ 18 a“ zusätzlich aufzuführen.
2. § 12 Abs. 3 erhält folgende Fassung:
3. § 14 Abs. 1 Sätze 3 und 4 erhalten folgende Fassung:
   „... In der Hauptversammlung hat der Feuerwehrkommandant einen Bericht über das vergangene Jahr und der Kassenverwalter einen Bericht über den Rechnungsabschluß zu erstatten. Die Hauptversammlung beschließt über den Rechnungsabschluß...“
4. § 16 erhält folgende Fassung:
   Sondervermögen für die Kameradschaftspflege (Kameradschaftskasse)
1. Für die Feuerwehr wird ein Sondervermögen für die Kameradschaftspflege und die Durchführung von Veranstaltungen gebildet.
2. Das Sondervermögen besteht aus:
   1. Zuwendungen der Gemeinde und Dritter,
   2. Erträge aus Veranstaltungen,
   3. sonstige Einnahmen,
   4. mit Mitteln des Sondervermögens erworbene Gegenstände.
4. Über die Verwendung der Mittel beschließt der Feuerwehrausschuß. Der Feuerwehrausschuß kann den Feuerwehrkommandanten ermächtigen, über die Verwendung der Mittel bis zu einer bestimmten Höhe oder einem festgelegten Zweck zu entscheiden. Der Feuerwehrkommandant vertritt bei Ausführung des Wirtschaftsplans den Bürgermeister.

Anmerkung:
Sind auch bei den aktiven Abteilungen, also zusätzlich zur Gesamtfeuerwehr, Kameradschaftskassen eingerichtet, ist in § 16 folgender Absatz 6 einzufügen:

„(6) für die aktiven Abteilungen werden ebenfalls Sondervermögen i.S. des Absatzes 1 gebildet. Die Absätze 1 bis 5 gelten entsprechend, an die Stelle des Feuerwehrkommandanten, des Feuerwehrausschusses und der Hauptversammlung treten der Abteilungsausschuss und die Abteilungsversammlung.“

Erläuterung zum vorstehenden Satzungsmuster Allgemeines

Bei wohl allen Feuerwehren und bei vielen aktiven Abteilungen bestehen seit Jahrzehnten Kameradschaftskassen. Bereits die früheren Muster einer Feuerwehrsatzung gingen von solchen Feuerwehrkassen aus, die die Gemeindefeuerwehren selbstständig und eigenverantwortlich führen (s, Nr. 3 der Verwaltungsbestimmungen zum Satzungsmuster 1956, § 16 des Satzungsmusters des Innenministeriums für eine Freiwillige Feuerwehr in GABI. 1973, 781, das in Zusammenarbeit mit Gemeindetag und Stadttag erstellt wurde, ebenso § 16 des Musters in BWGZ 1980, 416).


Um 1983 haben einzelne Finanzämter (insbesondere im Bezirk der OFD Freiburg) Gemeindefeuerwehren zur Abgabe einer Körperschaft-, Gewerbe- und Umsatzsteuererklärung aufgefordert, denen in der Regel entsprechende wirtschaftliche Veranstaltungen der Gemeindefeuerwehr vorausgingen (Straßenfeste, Hocketse, Grillfeste, Dorffeste, Jubiläen usw.). Hinter diesen Aktivitäten der Finanzämter dürfte der Druck seitens der Gastwirte gestanden haben, die die rechtliche Gleichstellung der über § 12 GStG (Gestaltung) zugelassenen Feste (falscherweise oft als Schwarzgastroonomie bezeichnet) fordern.


Über diese steuerlichen Folgen kam es zu einer Diskussion um die haushaltsrechtliche und steuerliche Behandlung von Ver-


Mit den früheren Mustern war keinesfalls beabsichtigt, die Feuerwehrkameradschaftskasse als unselbständigen Teil der Gemeindekasse zu führen.


Rechtsänderung mit formeller Bestätigung der Kameradschaftskasse

Die ersten Überlegungen für Vorschriften über die Führung der Kameradschaftskassen als öffentliche Kassen der Gemeinde richten sich auf das Modell einer Zahlstelle als Teil der Gemeindekasse (d.h. mit Integration in den Haushaltsplan und die Jahressatzung der Gemeinde) bzw. einer Sonderkasse im Rahmen eines Sondervermögens mit Sonderrechnung. Von kommunaler Seite und vom Landesfeuerwehrverband wurde klagend, daß die Eigenständigkeit der Feuerwehrkameradschaftskasse auch künftig soweit als möglich aufrechtzuerhalten ist, die Form des Sondervermögens also geeigneter erscheint. Die Anwendung des gesamten gemeindlichen Haushalts- und Kassenrechts wäre für die Führung der Kameradschaftskasse zu kompliziert. Mit der speziellen Lösung im Feuerwehgeseh üST kann die bewährte Struktur der Kameradschaftskasse weitgehend beibehalten werden.


Der neue § 18a regelt:

1. Bildung des Sondervermögens für die Kameradschaftspflege (Abs. 1)
2. keine Geltung des Gemeindewirtschaftsrechts für dieses Sondervermögen (Abs. 1)
3. Aufstellung eines Wirtschaftsplans (Abs. 2 Nr 2)
4. Führung einer Sonderrechnung (Abs. 2 Nr. 3)
5. Zuständigkeiten der Organe der Feuerwehr (Abs. 3 Satz 1 und 2)
6. Zuordnung von Feuerwehreventen als Gemeindeveranstaltungen (Klarstellung der Rechtslage in Abs. 3 Satz 3)

7. Satzungsermächtigung für die weitere Ausgestaltung (Abs. 4).

Der Gemeindetag empfiehlt seinen Mitgliedern auf Grund der Gespräche mit Innenministerium, Städtetag und Landesfeuerwehrverband und im Hinblick auf das gemeindliche Interesse an einer funktionsfähigen und schlagkräftigen Gemeindefeuerwehr, die neue Vorschrift des § 18a FWG für die örtliche Satzung auszuschöpfen und der Gemeindefeuerwehr die Verwaltung des Sondervermögens entsprechend dem geänderten Muster zu übertragen.

1. Zu Nr. 1 (Präambel)

Die neuen Satzungsregelungen in

– § 12 Abs. 3 (Kassenverwalter; s. a. den unveränderten § 12 Abs. 1 zur Wahl des Kassenverwalters)
– § 14 Abs. 1 Sätze 3 und 4 (Bericht in der Hauptversammlung) und
– § 16 (Sondervermögen) beruhen auf der Ermächtigung im neuen § 18a Abs. 4 FWG.

Die Präambel führt diese Ermächtigung zusätzlich auf.

2. Zu Nr 2 (§ 12 Abs. 3, Kassenverwalter)

Unverändert bleibt, daß der Kassenverwalter vom Feuerwehrausschuß auf fünf Jahre gewählt wird (§ 12 Abs. 1 Muster 1988, BWGZ 1988, 246). Die Amtszeit stimmt mit der des Feuerwehrausschusses und anderer Funktionsträger überein (s. § 10 Abs. 2 Kommandant, § 12 Abs. 1 Schriftführer, § 13 Abs. 1 Feuerwehrausschuß).


Da zum Sondervermögen auch Gegenstände gehören können (in Form von Zuwendungen der Gemeinde oder Dritter sowie mit Mitteln des Sondervermögens erworbener Gegenstände – § 16 Abs. 2 Nr. 1 und 4 des Musters), sind diese in einem Bestandsverzeichnis nachzuweisen. Die Inventur der vorgeschlagenen Wertgutverwertung berücksichtigen die Bestandsverzeichnisse der Wirtschaft und die nach der Wertgutverwertung nach Beurteilung der örtlichen Bedürfnisse zu übernehmen. Die Grenze bezieht sich auf Einzelgegenstände, im Gemeindewirtschaftsrecht beträgt die Wertgrenze 100 DM (§ 37 Abs. 2 Nr. 2 GemHVO).

Übersteigt die für die Entstehung des Betriebs gewerbliche Art maßgebender Umsatzgrenze 80000 DM, ist die Wertgrenze für Vermögensgegenstände in der Satzung auf 100 DM festzusetzen, da in diesem Fall nach dem Steuerrecht ebenfalls eine Grenze von 100 DM gilt (s. Nr. 31 Abs. 3 ESTR 1987).

3. Zu Nr. 3 (§ 14 Abs. 1 Sätze 3 und 4, Bericht in der Hauptversammlung)

Der Kassenverwalter erstellt nach Ablauf des Wirtschaftsjahres (überrinstimmend mit Kalenderjahr) die Sonderrechnung; das Muster bestimmt das zwar nicht ausdrücklich, doch ergibt sich dies aus der Zuständigkeit des Kassenverwalters für die Kameradschaftskasse und die Forderung, die Sonderrechnung der Hauptversammlung vorzulegen.
Die Ergebnisse der Sonderrichtung (Rechnungsabschluß) werden vom Kassenverwalter in der Hauptversammlung vorgetragen oder es wird über sie in geeigneter Form berichtet.

Eine vorherige Beratung des Rechnungsabschlusses im Feuerwehrausschuss/Abteilungsausschuss ist zweckmäßig.

Ein Beschuß der Hauptversammlung über die Feststellung des Rechnungsabschlusses (Beschuß über die Sonderrichtung), mit dem (sowohl die Organe der Feuerwehr als auch) der Kassenverwalter „entlastet“ wird, hat keine haftungsbefreiende Wirkung hinsichtlich der Kassenvorgänge. Über Ansprüche der Gemeinde gegen Funktionsträger kann die Hauptversammlung nicht entscheiden. Im Vereinsrecht billigt das zuständige Organ (gegenmäßig die Mitgliederversammlung) mit der Entlassung die Geschäftsführung; ihr kommt nur dort schuldhafliche Wirkung zu, da etwaige Schadenersatzansprüche fortfallen. Die in der Satzung geregelte Entlassung ist daher in diesem Sinne einer schuldhaflichen Wirkung zu verstehen (s. bereits Muster in BWGZ 1988, 242)


4. Zu Nr. 4 (Sondervermögen)
4.1 Bildung des Sondervermögens (Absatz 1)


Da die Aufzählung der gemeindlichen Sondervermögen in § 96 Abs. 1 GemO abschließend ist, müßte das Feuerwehrgesetz ergänzt werden, um das neue „Sondervermögen“ für die Kameradschaftspflege zu ermöglichen.


Das Sondervermögen kann sowohl für die Gesamtfeuerwehr als auch für die einzelnen aktiven Abteilungen gebildet werden. Vorhandene aktive Abteilungen mit eigenen Abteilungskassen schließen andererseits ein daneben bestehendes Sondervermögen der Gesamtfeuerwehr nicht aus. Wegen der steuerrechtlichen Folgen sollte die Bildung eines Sondervermögens für die Gesamtfeuerwehr – neben den Sondervermögen für die aktiven Abteilungen – besonders sorgfältig geprüft werden (siehe auch die Erläuterungen zur steuerlichen Behandlung).

Bei Gemeindefeuerwehren mit Abteilungen ist das Sondervermögen nur bei den aktiven Abteilungen möglich. Das Sondervermögen kann auch nur bei einzelnen aktiven Abteilungen gebildet werden, nicht notwendigerweise bei allen; die einzelnen aktiven Abteilungen wären dann in der Satzung bei § 16 ausdrücklich zu nennen.

Im Hinblick auf die steuerliche Behandlung der Kameradschaftskasse hat das Finanzministerium darauf hingewiesen, daß ein Betrieb gewerblicher Art nur für jede aktive Abteilung und zwar nur für jeden einzelnen Ortsteil angenommen werden kann.


Kameradschaftspflege ist umfassend zu verstehen im Sinne einer Förderung der Zusammengehörigkeit der Feuerwehrangehörigen und der gemeinsamen Interessen d. R. außerhalb der gesetzlichen Aufgaben und eigentlichen Einsatztätigkeit.

Zweck des Sondervermögens ist:
– die Kameradschaftspflege und
– die Durchführung von Veranstaltungen.

Die Vorschriften über die Gemeindewirtschaft (§§ 77 bis 117 GemO) sind auf das Sondervermögen nicht anzuwenden (§ 18a Abs. 1 Satz 2 FwG). Die Satzung wiederholt dies nicht ausdrücklich. Insbesondere die Grundsatze für die Aufstellung des Haushaltsplans, die Einheitskasse und die Buchführung nach dem Gemeindewirtschaftsrecht und die Kassen- und Rechnungsprüfung gelten nicht.

Die Auflösung eines Sondervermögens ist im Muster nicht ge-regelt. Falls ein Sondervermögen, das zuvor durch Satzung ge-
bildet wurde, nicht mehr weitergeführt werden soll, ist seine Auflösung durch Änderung der Satzung zu regeln; dazu gehört auch die Übergabe des vorhandenen Vermögens entwe- der an ein anderes Sondervermögen Kameradschaftspflege oder an die Gemeinde.

4.2 Bestandteile des Sondervermögens (Absatz 2)

Die Bestandteile des Sondervermögens sind Geldmittel und Sachen. Das Sondervermögen besteht in der Regel aus finanziellen Mitteln (Girokonto, Sparbuch, sonstige Geldanlagen).

Nr. 1 Zuwendungen

Die nicht an die Feuerwehrangehörigen ausbezahlt, sondern der Kameradschaftskasse überlassenen Entschädigungen der Feuerwehrangehörigen nach § 15 FwG sind Zuwendungen Driter; sie sind mit Spenden Driter vergleichbar. Steuerlich abzugsfähige Spenden zur Förderung des Feuerlöschwesens können nicht dem Sondervermögen Kameradschaftskasse zufließen, da dieses nach der Vorgabe in § 18a FwG nur für die Kameradschaftsverpflege und die Durchführung von Veranstal- tungen besteht und insoweit keine steuerbegünstigten Zwe- cke verfolgt werden. Das schließt Spenden an die Kameradschaftskasse nicht aus, die jedoch nicht steuerlich abzugsfähig sind (siehe auch Erläuterungen zur Steuerlichen Behand- lung der Kameradschaftskasse).

Zuwendungen sind auch die aufgrund § 14 Abs. 2 FwG ver- hängten Geldbußen, wenn sie in die Kameradschaftskasse fließen (evtl. Klarstellung durch Gemeinderatsbeschuß).

Nr. 2 Erträge aus Veranstaltungen
Erträge sind die Überschüsse/Fehlbeträge aus Veranstaltun- gen, also das Ergebnis/der Saldo aus Einnahmen und Ausga- ben des Wirtschaftsplans.


Nr. 3 Sonstige Einnahmen

Zinsinnahmen aus Geldanlagen sind ebenfalls „sonstige Einnah- men.“

4.3 Wirtschaftsplan (Absatz 3)

Den weiteren Inhalt und die Ausführung des Wirtschafts- plans bestimmt das Feuerwehrgesetz nicht, sondern überläßt es durch die Ermächtigung in Absatz 4 Nr. 1 der gemäßden Feuer- wehrsatzung.

Den Wirtschaftsplan stellt für die Gesamtfreiwacht der Feuer- wehrausschuß und für die aktiven Abteilungen der jeweilige Abteilungsausschuß auf. Diese Zuständigkeit ist zwingend; in der Feuerwehrsatzung kann hiervon nicht abgewichen wer- den. Bei Gemeindefeuerwehren mit Abteilungen wäre zu prü- fen, ob auch der Feuerwehrausschuß der Gesamtfreiwacht bei der Aufstellung der Wirtschaftspläne der Abteilungen be- teiligt wird; er hat zwar kein Entscheidungsrecht, sollte sich jedoch informieren und zwischen den Abteilungen koordinie- ren (z. B. die jährlichen Aktivitäten).


Haushaltsjahr ist das Kalenderjahr (vergleichbar § 79 Abs. 4 GemO). Das Muster regelt dies nicht, schließt andererseits eine Aussage in der örtlichen Satzung nicht aus.

Von der im Muster vorgesehenen Ermächtigung für einen zu- sätzlichen Inhalt sollte im Interesse der Wirtschaftsführung der Kameradschaftskasse regelmäßig Gebrauch gemacht werden: 1. gegenseitige oder einseitige Deckungsfähigkeit der Ausgaben (Begriff wie § 18 GemHVO); 2. Zulassung von über- und außerplanmäßigen Ausgaben, wenn Deckung besteht (Begriff wie § 84 GemO).

Der Wirtschaftsplan ist so aufzustellen, daß kein Fehlbetrag ausgewiesen wird. Lassen sich auch bei sorgfältiger Wirtschafts- führung Fehlbeträge nicht vermeiden, sind diese bei Nr. 4 und 9 nachzuweisen.

Bei außerplanmäßigen Ausgaben (Ausgaben, die dem Grunde nach im Wirtschaftsplan nicht vorgesehen sind) ist vorher die Zustimmung des Bürgermeisters einzuholen. Dabei ist der Nachweis über die Deckungsfreiheit zu führen.

Verpflichtungsermächtigungen (Begriff vergleichbar § 86 GemO: Verpflichtungen zur Leistung von Ausgaben für Investitionen zu Lasten des/der nächsten Haushaltsjahre) müssen im Wirt- schaftsplan ausdrücklich genannt werden. Im Zustimmungs- verfahren zum Wirtschaftsplan kann dann der Bürgermeister weitere Informationen erbeten und Deckungsnachweise anfordern.

294

Brandhilfe 8/2006

Landesfeuerwehrverband Baden-Württemberg • Kameradschaftskassen
## Muster Wirtschaftsplan für das Sondervermögen „Kameradschaftskasse“

<table>
<thead>
<tr>
<th>Einnahmen</th>
<th>Ausgaben</th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td>0  Allgemeine Einnahmen</td>
<td>5 Ausgaben für die Durchführung von Veran</td>
</tr>
<tr>
<td>(z. B. Zuwendungen der Gemeinde)</td>
<td>staltungen (z. B. Feuerwehrfest, Tag der</td>
</tr>
<tr>
<td></td>
<td>offenen Tür)</td>
</tr>
<tr>
<td>1  Einnahmen aus Veranstaltungen</td>
<td>6 Ausgaben für Maßnahmen der</td>
</tr>
<tr>
<td>(z. B. Zuwendungen Dritter)</td>
<td>Gemeinschaftspflege (z. B. Jahresausflug,</td>
</tr>
<tr>
<td></td>
<td>Jahresfeier, Porto)</td>
</tr>
<tr>
<td>2  Sonstige Einnahmen</td>
<td>7 Ausgaben für Ehrungen, Geschenke</td>
</tr>
<tr>
<td>(z. B. Zinsen aus Geldanlagen)</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>3  Entnahme aus der Rücklage</td>
<td>8 Zuführung zur Rücklage</td>
</tr>
<tr>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>4  Abwicklung der Ergebnisse der Jahresrechnung</td>
<td>9 Abwicklung der Ergebnisse der Jahresrech</td>
</tr>
<tr>
<td></td>
<td>nung</td>
</tr>
</tbody>
</table>

<table>
<thead>
<tr>
<th>Gesamteinnahmen</th>
<th>Gesamtausgaben</th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td>DM</td>
<td>DM</td>
</tr>
</tbody>
</table>

Die Ausgaben nach den Nrn. 5 bis 7 sind gegenseitig deckungsfähig. Über- und außerplanmäßige Ausgaben sind zulässig, wenn ihre Deckung gewährleistet ist.

Außerplanmäßige Ausgaben bedürfen der Zustimmung des Bürgermeisters.

Als weitere Festsetzungen sind z. B. zu Verpflichtungsermächtigungen nach § 16 Abs. 3 des Musters oder Ermächtigung des Kommandanten/Abteilungs­kommandanten nach § 16 Abs. 4 Satz 2 des Musters denkbar.

Der Wirtschaftsplan ist dem Haushaltsplan der Gemeinde nicht beizufügen, da die Kameradschaftskasse nicht als Sonder­rechnung im Sinne des Gemeinde­wirtschaftsrechts zu führen ist; § 2 Abs. 1 Nr. 5 GemO ist nicht anzuwenden.

Der Wirtschaftsplan sollte möglichst vor Beginn des Haushaltsjahres aufgestellt werden.

Steuern (insbesondere Umsatzsteuer und Vorsteuer) sind im Muster bei den Ausgaben unter Nr. 5 und 6 und bei den Ein­nahmen unter Nr. 1 einzustellen.

### 4.4 Ausführung des Wirtschaftsplans (Abs. 4)

Die Sachentscheidung (interne Willensbildung) über die Aus­führung des Wirtschaftsplans, d. h. über die Durchführung einzelner Maßnahmen liegt beim Feuerwehr­rausschuss/Abteilungs­ausschuss (§ 18a Abs. 3 Satz 1 FwG und § 16 Abs. 4 Satz 1 Muster).

Der Wirtschaftsplan erschließt nicht von vornherein zu den im Wirtschaftsplan aufgeführten Einzelmaßnahmen.

Der Feuerwehr­rausschuss/Abteilungs­ausschuss kann den Feuer­wehr­kommandanten/Abteilungs­kommandanten ermächtigen, Maßnahmen oder Beschaffungen durchzuführen, d. h. seine Entscheidungsbefugnis übertragen, sofern die Ausgaben eine bestimmte Höhe nicht überschreiten oder sie einem bestimmten Zweck dienen (Abs. 4 Satz 2 des Musters). Diese Entschei­dung kann sowohl durch Beschluß als auch durch Festsetzung im Wirtschaftsplan getroffen werden.

Die Bewirtschaftsbefugnis zur Ausführung des Wirtschaftsplans hat der Feuerwehr­kommandant/Abteilungs­kommandant kraft Gesetzes (s. § 18a Abs. 3 Satz 2); weitergehende Regelungen sind nicht notwendig. Unter Bewirtschaftsbefugnis ist das Eingehen von Verbindlichkeiten für die Gemeinde-(Feuerwehr) und das Begründen von Forderungen (im Anschluß an die interne Sachentscheidung, s. o.) zu verstehen. Der Bürgermei­ster ist gesetzlicher Vertreter der Gemeinde (§ 41 Abs. 1 Satz 2 GemO); der Kommandant/Abteilungs­kommandant vertritt im Auftrag des Bürgermeisters bei der Ausführung des Wirtschaftsplans (aaO FwG) und ist inso­weit ständig der Stellvertreter des Bürgermeisters. Die Vertre­tungsmacht des Kommandanten/Abteilungs­kommandanten ist innerhalb des durch den Wirtschaftsplan vorgezeichneten Rah­mens nicht beschränkt; sie kann nicht durch Weisung des Bü­rgermeisters/Kommandanten eingeschränkt werden. In dieser Funktion vollzieht der Feuerwehr­kommandant die Beschlüsse des Feuerwehr­rausschusses. Für die Vertretungsmacht muß demnach nicht auf § 53 GemO zurückgegriffen werden, auch nicht im Verhältnis Abteilungs­kommandant zu Feuerwehr­kommandant.

Der Bürgermeister kann in der Regel Entscheidungen im Zuständigkeitsbereich des Feuerwehr­kommandanten nicht an sich ziehen und selbst bearbeiten; er kann aber auch solche Entscheidungen des Feuerwehr­kommandanten nicht aufheben, jedoch für entsprechende Entscheidung Weisung erteilen.

Wird der Wirtschaftsplan nicht eingehalten, verletzt der jeweils handelnde Angehörige der Gemeindefeuerwehr seine Pflich­ten.

### 4.5 Rechnungsprüfung (Abs. 5)

Siehe auch Erläuterungen zu Nr. 3 (§ 14 des Musters). Zu prüfen ist die Kassenführung (Buchführung, Belege) und der Rechnungsabschluß.

Die Rechnungsprüfung liegt in der Verantwortung der Gemeindefeuerwehr. Die Hauptversammlung bestellt zwei Rechnungs­prüfer auf fünf Jahre. Dabei wird es sich regelmäßig um in der Sache erfahrene Feuerwehr­angehörige handeln; Dritte sind zwar nicht ausgeschlossen, ihre Bestellung wird aber wegen des notwendigen Vertrauensverhältnisses kaum in Frage kommen.

Dem Bürgermeister sind die Unterlagen zur Einsicht vorzule­gen und zwar sowohl die Rechnungsunterlagen als auch der Rechnungsabschluß.

Auch während des Jahres kann und sollte sich der Bürgermeis­ter über die Situation der Kameradschaftskasse informieren (Grundlage: seine Funktion als Leiter der Verwaltung nach § 42 Abs. 1 GemO). Die Satzung schränkt die Rechte des Bürgermeisters nicht auf den ausdrücklich genannten Rechnungsabschluß ein; damit wird die besondere Verantwortung des Bürger­meisters auch für die Gemeindefeuerwehr nochmals hervorgehoben. Dieses Recht muß der Bürgermeister auch wegen der steuerlichen Folgen aus Aktivitäten der Gemeindefeuerwehr besonders beachten.

Ein regelmäßiger (z. B. monatlicher, vierteljährlicher) Kassen­abschluß und eine Kassenprüfung sind im Muster nicht vorgesehen, können aber außerhalb der Satzung vom Kom­mandanten geregelt werden.
Steuerliche Behandlung der Kameradschaftskassen

Die steuerliche Behandlung von Veranstaltungen und wirtschaftlichen Betätigungen der Gemeindefeuerwehren hängt wesentlich davon ab, wer Träger der Veranstaltung ist. Da die Gemeindefeuerwehr eine rechtlich unselbständige Einrichtung der Gemeinde ist (§ 1 FwG), sind die Betätigungen der Gemeindefeuerwehr der Gemeinde zuzurechnen und nicht als Tätigkeit einer nichtrechtsfähigen Personenvereinigung außerhalb der gemeindlichen Verantwortung zu betrachten.

Dies stellt das Änderungsgesetz 1989 ausdrücklich mit der Formulierung klar, wonach die Gemeinde Veranstalter ist, wenn eine Veranstaltung nach Maßgabe des Wirtschaftsplanes über das Sondervermögen abgewickelt wird (§ 18 a Abs. 3 Satz 3 FwG). Die Vorschrift ändert die bestehende Rechtslage nicht; die Tätigkeit der Feuerwehrangehörigen bei ihrem Auftreten als Gemeindefeuerwehr ist und zwar schon immer der Gemeinde zuzurechnen.

- Betrieb gewerblicher Art

Da Veranstaltungen der Gemeindefeuerwehr nun nach § 18 Abs. 3 Satz 3 FwG ausdrücklich in formeller und wirtschaftlicher Trägerschaft der Gemeinde erfolgen, bestehen Steuerpflichten nur bei einem Betrieb gewerblicher Art (Bga) der Gemeinde.

Ein Betrieb gewerblicher Art einer juristischen Person des öffentlichen Rechts ist jede Einrichtung, die

1. Einer nachhaltigen wirtschaftlichen Tätigkeit zur Erzielung von Einnahmen außerhalb der Land- und Forstwirtschaft dient und
2. Sich innerhalb der Gesamtbetätigung der juristischen Person wirtschaftlich hervorhebt.

- Nr 5 Abs. 2 KStR 1985 —

Die Tätigkeit der Einrichtung muß von einigem Gewicht sein; auf die Gewinnerzielungsabsicht kommt es nicht an (vgl. § 4 Abs. 1 KStG, Nr. 5 Abs. 5 KStR 1985).

- Nachhaltigkeit


Der BFH unterscheidet weder zwischen einer gelegentlichen (d. h. ohne Wiederholungsabsicht) noch einer nachhaltigen Tätigkeit.

- 60.000 DM Grenze

Von einer Tätigkeit mit einigen Gewicht ist steuerlich in der Regel dann auszugehen, wenn aus den Veranstaltungen ein steuerbarer Jahresumsatz i. S. von § 1 Abs. 1 Nr. 1 UStG von mehr als 60.000 DM erzielt wird (Grenze für die Annahme einer ge ringfügigen Tätigkeit). Die Frage, ob eine Tätigkeit eines Betriebes gewerblicher Art von einigem Gewicht ist, bestimmt sich also nicht nach der Höhe des Jahresgewinns. – siehe im einzelnen Nr. 5 Abs. 5 KStR 1985 —.


Wird die Umsatzgrenze (Freigrenze) von 60.000 DM überschritten, unterliegt der Betrieb gewerblicher Art der Gemeindefeuerwehr nach den allgemeinen Besteuerungsregeln der Körperschaft-, Gewerbe-, Umsatz- und Vermögensbesteuerung.

Für die Gewerbesteuerpflicht muß aber zusätzlich zu den Merkmalen des Betriebs gewerblicher Art noch die Gewinnerzielungsabsicht hinzutreten. Wird diese ausgeschlossen, entstehen keine Gewerbesteuervorlagen.

Wird die Grenze von 60.000 DM nicht überschritten, sind die Veranstaltungen der Gemeindefeuerwehr ohne Steuerfolgen.

Die 60.000 DM Grenze ist nach dem Jahresumsatz der wirtschaftlichen Betätigung zu berechnen. Der Betrieb gewerblicher Art ist somit von der Vermögensverwaltung abzugrenzen.

Zinsen aus Geldanlagen sind bei der Berechnung der Umsatzgrenze nach ihrer Herkunft aufzuteilen. Stammen Geldanlagen aus Überschüssen der wirtschaftlichen Betätigung, sind die Zinsen aus diesen Geldanlagen auf die Umsatzgrenze von 60.000 DM anzurechnen.


Zinsen aus Geldanlagen, die bei der Bildung des Sondervermögens vorhanden sind, sollen nach einer Äußerung des Finanzministeriums zur Vereinfachung nicht auf die Umsatzgrenze von 60.000 DM angerechnet werden.

Die Gemeinden geben den Kameradschaftskassen regelmäßig jährlich Zuwendungen, die pauschalisierter sind. Die Höhe er gibt sich entweder aus einem für die Gesamtwirtschaft oder für die einzelnen aktiven Abteilungen pauschal vom Gemeinderat festgelegten Betrag oder aus einem Pauschalzuschlag je Feuerwehrangehörigen. Zuwendungen der Gemeinde ohne bestimmte Verknüpfung, also für die Kameradschaftspflege zweckfreigewährt, werden auf die Umsatzgrenze von 60.000 DM nicht angerechnet. Eine für eine bestimmte Veranstaltung zweckgebundene gewährte Zuwendung wäre zu berücksichtigen.

Spenden an die Kameradschaftskasse werden nicht auf die Umsatzgrenze von 60.000 DM angerechnet. Sie sind kein Umsatz. Der Kameradschaftskasse dürfen steuerlich abzugsfähige Spenden ohnehin nicht zugeleitet werden. Dies gilt auch für die Kameradschaftskasse (von der Gemeinde nicht an die Feuerwehrangehörigen ausbezahlten, sondern der Kameradschaftskasse „gespendeten“ Entschädigungen nach § 15 FwG (z. B. für Einsätze i. S. des § 2 FwG)).


Durch R. 4. 1. Absatz 5 S. 1 der Körperschaftssteuer-Richtlinien 2015 wurde die Freigrenze von 60.000 DM oder 30.678 Euro auf 35.000 Euro angehoben.
Tritt die Kameradschaftskasse bei Veranstaltungen als „Arbeitgeber“ auf und entschädigt die Feuerwehrangehörigen durch Arbeitslohn, so werden die steuergerechtlichen Vorschriften für den Steuerabzug vom steuerpflichtigen Arbeitslohn zu beachten.

Erreicht die Umsatz auch nur in einem Jahr einmalig die 60.000-DM-Grenze, so liegt ein Betrieb gewerblicher Art vor; es entsteht für dieses Jahr die Steuerpflicht. Diese Steuerpflicht kann bei Gemeindefeuerwehren schon bei einer einzelnen Veranstaltung im Jahr eintreten (z. B. Jubiläum, Feuerwehrfest).

60.000-DM-Grenze für jede aktive Abteilung

Hat eine juristische Person den öffentlichen Rechts mehrere Betriebe gewerblicher Art, so ist sie Subjekt der Körperschaftssteuer wegen jeden einzelnen Betriebs (Nr. 5 Abs. 1 KStR 1985).


Unter diesen Voraussetzungen hätte das Finanzministerium keinerlei Bedenken, die Festveranstaltungen oder sonstigen wirtschaftlichen Aktivitäten der Gemeindefeuerwehren steuerlich als eigenständige Betriebe gewerblicher Art der Gemeinden zu behandeln. Gleiches würde für die Abteilungs-Feuerwehren (Ortsteil-Feuerwehren) gelten, wobei allerdings die Feuerwehren und ihre jeweiligen Untergliederung (Jugendfeuerwehr, Altersabteilung) als Einheit zu behandeln wären. Festveranstaltungen der Orte als Teil der Abteilungs-Feuerwehren würden dann auch mit anderen (zeitlich und organisatorisch getrennten) Festveranstaltungen der Gemeinden bei der Abgabe der Vorliegen eines BGA (Überschreiten der 60.000-DM-Grenze) nicht zusammengerechnet werden.“


Gemeinnützigkeit

Große Gemeinden mit größeren Veranstaltungen und Teilnehmern und damit höheren Umsätzen erreichen die Grenze von 60.000 DM eher, so daß es hier gegenüber anderen Gemeinden bei der Behandlung der Überschüsse aus Festveranstaltungen zu steuerlich ungünstigeren Ergebnissen kommen kann. Dies führt zwangsläufig zur Frage, ob ein Feuerwehr-BGA auf Grund einer Festlegung in der Feuerwehrsatzung vom Finanzamt als gemeinnützig anerkannt werden kann (§§ 51 ff. AO). Dann könnte zwischen einem steuerbegünstigten Zweckbetrieb und dem steuerähnlichen wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb unterschieden werden.

Nach Auffassung des Finanzministeriums schließt der in § 18 a FWG enthaltene Zweck, für den Sondervermögen gebildet werden darf (Kameradschaftspflege und Durchführung von Veranstaltungen), eindeutig aus, daß über einen Feuerwehr-BGA (Sondervermögen) gemeinnützige Zwecke verwirklicht werden dürfen. Daran ändert auch die Tatsache nichts, daß über- schüssige aus der wirtschaftlichen Tätigkeit der Gemeindefeuerwehren häufig dazu verwendet werden, Ausrüstungsgegenstände für die Feuerwehr (also für hoheitliche Zwecke) zu be-schaffen.

Mit der fehlenden Gemeinnützigkeit hat auch das Vereinsförderungsgesetz, das am 1.1.1990 in Kraft treten soll, für einen Feuerwehr-BGA weder positive noch negative Folgen. Einer der (versteckten) Nachteile des Vereinsförderungsgesetzes ist z.B., daß gesellige Veranstaltungen bisherig nicht mehr zum Zweckbetrieb, sondern zum steuerähnlichen wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb zu rechnen sind.

Spenden


Anforderungen an die Buchführung

Den Anforderungen einer steuerlichen Buchführungspflicht wird die nach den Erläuterungen zu dem Muster eines Wirtschaftsplans i. S. des § 18 a FWG notwendige Buchführung in Form einer Einnahmen-/Ausgabenrechnung in der Ordnung des Wirtschaftsplanes gerecht.


Steuererklärungen

Die steuerlichen Folgen der Feuerwehraktivitäten sollten für den Bürgermeister Anlaß sein, die nun für die Feuerwehr noch aktueller werdende Verantwortung zu beachten. Der Bürgermeister hat wie jedem anderen kommunalen Betrieb gewerblicher Art darüber zu wachen, daß die steuerlichen Melde- und Zahlungspflichten erfüllt werden. Trotz der weitgehenden Selbständigkeits der Gemeindefeuerwehr hat der Bürgermeister in seiner Funktion als Leiter der Gemeindeverwaltung insbesondere wegen der steuerlichen Verantwortung seiner Überwachungspflichten nachzukommen.

Erklärungen gegenüber dem Finanzamt in Steuerangelegenheiten hat die Gemeindefeuerwehr nur in enger Abstimmung mit der Gemeindeverwaltung abzugeben.

Auf die Neufassung des Feuerwehrgesetzes und § 18 des neuen Musters einer Feuerwehrsatzung im Downloadbereich auf der Homepage des Landesfeuerwehrverbandes wird verwiesen.